

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellszeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Der Beginn der Pariser Konferenz.

Paris, 24. Januar. Nach dem am Abend abgegebenen amtlichen Bericht über die heutige Nachmittags-Sitzung hat die Konferenz bei der Beratung der Entwaffnungsfrage entschieden, daß die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftschiffahrt sich morgen Vormittag unter dem Vorsitz von Marschall Foch zusammensetzen sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Klauseln des Friedensvertrages über die Entwaffnung durchzuführen. Die Sachverständigen sollen dann der Konferenz berichten.

Nach einer Sondermeldung der Agence Havas hat Marschall Foch in dem Bericht, den er am 30. Dezember im Namen des internationalen militärischen Ausschusses von Versailles erstattet und in der heutigen Nachmittags-Sitzung der Pariser Konferenz zusammengefaßt hat, in neun einzeln aufgeführten Punkten Feststellungen über die von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllten Forderungen gemacht.

### Bogel wird nicht amnestiert.

Nach den Meldungen Berliner Blätter hat der Strafsenat des Kammergerichts der Beschwerde des Anklagevertreters gegen die Entscheidung des Landgerichts, die die Amnestierung des Oberleutnants Bogel aussprach, Folge gegeben. Da diese Entscheidung endgültig ist, so bleibt das gegen Oberleutnant Bogel ausgesprochene Urteil bestehen.

Es bleibt trotzdem ein Schandfleck für die deutsche Justiz, daß sich überhaupt ein Gericht gefunden hat, das den Mörder einfach laufen lassen wollte. Der Herr Oberleutnant selbst wird sich übrigens aus dem für ihn ungünstigen Spruch des Kammergerichts wenig machen, denn er erfreut sich ja nach wie vor in Holland der goldenen Freiheit.

### Drohender Lehrer- und Beamtenstreik in Oesterreich.

Wien, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Verband der österreichischen Mittelschulprofessoren hat an die Regierung ein bis zum 31. Januar befristetes Ultimatum gerichtet, in dem in großer Erregung über die Zurücksetzungen, die diese Gruppe der Staatsbediensteten gegenüber anderen Kategorien der Staatsangestellten erfahren haben, gefordert wird, daß sämtliche Anwendungen, welche die Staatsbeamtenenschaft erhält, auch den Mittelschulprofessoren zuteil werden. Sollte die Regierung dieses Ultimatum ablehnen oder überhaupt nicht beantworten, so würde ab 1. Februar in sämtlichen Mittelschulen von Oesterreich der Unterricht eingestellt werden. Auch die städtischen Angestellten in Wien haben unter erneuter Androhung eines Streiks, der sich auf alle städtischen Betriebe, die Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserversorgung, Straßenbahnen usw. erstrecken würde, die sofortige Durchführung einer Gehaltsregelung gefordert.

### Die Krise in der Schweiz.

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Genf wird gemeldet: Der unnatürlich hohe Stand der Schweizer Währung fängt an, für das Land gefährlich zu werden und kann eine schwere wirtschaftliche Krise hervorrufen. Wie der Bundespräsident Schulerthess im Ständerat mitteilt, beträgt das Defizit der Handelsbilanz eine Milliarde. Die Ausfuhr sinkt, die Einfuhr aus dem Ausland steigt täglich. Da bei dem Stand der Valuta kein Mensch mehr Schweizer Waren kaufen kann, liegt die gesamte Schweizer Industrie danieder. Die Automobilfabrik Pictet-Picquard in Genf und die Schokoladenfabrik Cailler haben geschlossen, und im Jura ist die ganze Uhrenindustrie fast völlig ausgefallt. In den großen Städten mehrt sich täglich die Zahl der Arbeitslosen, die weder vom Staat noch, trotz der gesetzlichen Vorschriften, von dem Unternehmer ausreichende Unterstützung erhalten. Im Ständerat ist vorgeschlagen worden, zum Schutz der einheimischen Industrie die Einfuhr aus dem Ausland einzuschränken, ein bei der Größe der Krisis sicher unwirksames und auch gefährliches Mittel, das vielleicht Gegenmaßnahmen zur Folge haben kann.

### Kampf um die Humanité?

Paris, 24. Jan. Zur Abstimmung in der Generalversammlung der Aktionäre der Humanité wird noch gemeldet: Es handelte sich bei der Beschlußfassung um die Bestätigung der Administratoren des Blattes, die durch den Kongreß von Tours bestimmt waren. Nach dem Echo de Paris erklärte ein Teil der Aktionäre durch ihren Vertreter Blum die Generalversammlung für ungültig, da sie nicht, wie die Vorschriften besagten, von einem Anteil der Aktionäre einberufen war. Blum zog sich daher mit seinen Anhängern unter lebhafter Erregung aus der Versammlung zurück, die jedoch weiter lagte. Das Echo de Paris sieht einen Prozeß zwischen Kommunisten und Sozialisten wegen dieser Frage voraus.

### Ein weiterer Schritt zur Verständigung in Riga.

Riga, 24. Januar. In der Frage der Rückertattung des evakuierten polnischen Eigentums, die eine der schwierigsten Streitpunkte bei den Rigaer Friedensverhandlungen bildete, ist eine Einigung erzielt worden. Die polnischen Delegierten haben nach einer stürmischen Debatte im Redaktionsausschuß die russische Fassung angenommen, wonach Sowjetrußland und die Sowjetunion nur das noch erhalten gebliebene polnische Eigentum zurückertatten müssen, aber für die durch den Abtransport, durch Kriegsereignisse und Unfälle zugrunde gegangenen Werte keinen Ersatz zu leisten brauchen. Von den polnischen Delegierten wurde in der Diskussion die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Bestimmungen einem Verzicht auf die Rückertattung gleichkäme. Zu ihrer Milderung wurde die Beweisspflicht über den Untergang der Werte den beiden Sowjetregierungen auferlegt. Ein amtliches Kommuniqué in den Moskauer Roswetka hatte die polnischen Forderungen als unannehmbar und den russischen Gegenvorschlag als die äußerste Grenze des möglichen Entgegenkommens bezeichnet.

### Projekt der Völkerbundskommission an Polen.

Kowno, 24. Januar. Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Der Vorsitzende der Völkerbundskommission, Oberst Chardigny, gab dem litauischen Außenminister die offizielle Erklärung, daß der Völkerbund der polnischen Regierung einen Protest gegen die Einberufung der Wilnaer Nationalversammlung überbringt und die Einstellung der Selwa-Wälen verlangt habe. Chardigny vertritt, daß die Wilnaer Versammlung nicht zusammentreten werde.

Kowno, 24. Jan. (D. E.) Die Kontrollkommission des Völkerbundes für die Abtötung im Wilnaer Gebiet hat bei der litauischen Regierung in Kowno Beschwerde erhoben, daß Mitglieder der Kommission bei der Arbeit an der Regelung der neutralen Zone zweimal an verschiedenen Tagen von litauischen Soldaten beschossen worden sind. — Die Wahlen zum Sejm in Mittellitauen, die für den 6. Februar ausgeschrieben waren, sind von General Zeligowski auf den 20. Februar verschoben worden.

### Ein englisch-serbischer Zwischenfall.

London, 25. Januar. (T.-U.) Wie aus Stutari gemeldet wird, haben serbische Besatzungstruppen in Montenegro den englischen Militärattache verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Der englische Offizier war in offiziellem Auftrage nach Montenegro gekommen, um die Beschwerden über die Unterdrückung der Bevölkerung durch die serbischen Behörden zu untersuchen. Der Zwischenfall wird vermutlich diplomatische Folgen haben.

### Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie aus Madrid gemeldet wird, brachte der Ministerpräsident heute dem König das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts dar. Der König behielt sich die Entscheidung vor, er wird seinen Entschluß morgen bekanntgeben.

### Bürgerlicher Wahlsieg in Sippe.

Detmold, 25. Januar. Bei den Wahlen zum lipplischen Landtage sind abgegeben worden für die Deutschnationalen 17 600 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl 18 000), für die Demokraten 8800 (8000), für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Rechtssozialisten 25 400 (23 000) für die Unabhängigen 2400 (6000) und für die Kommunisten 3400 Stimmen. Nach diesem Ergebnis ist die bisher im lipplischen Landtage bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von den 21 Sitzen entfallen auf die Sozialdemokraten 7, Demokraten 5, Deutschnationale 5, Deutsche Volkspartei 4, Gewerkschaftsbund 1 und Kommunisten 1 Mandat. Die Unabhängigen erhalten kein Mandat.

### Das Grubenunglück in Delsnik.

Delsnik, 25. Januar. Zu dem Bergwerksunglück auf dem Friedensschacht, der übrigens der Stadt Leipzig gehört, wird der Teil-Aktion noch gemeldet: Montag 7 Uhr abends waren die Aufräumungsarbeiten ziemlich beendet. Es befanden sich keine Toten mehr in der Unglücksgrube. Die Zahl der Toten beträgt 38, die der Verletzten 26, während der Rest der Belegschaft gerettet werden konnte. Das Unglück ereignete sich kurz nach der Einfuhr zur Frühlicht auf dem sogenannten blinden 104-Schacht, einem Verbindungsschacht. Ueber die Entstehungsurache läßt sich Bestimmtes noch nicht sagen, doch wurde bei den Aufräumungsarbeiten eine ausgebrannte Sicherheitslampe gefunden. Ob diese den Anlaß zu der Explosionskatastrophe gegeben hat, steht jedoch noch keineswegs fest. Die Toten sind sämtlich im Maschinenhaus des Schachtwerks aufgefunden und sollen ein gemeinsames Grab finden. An den Leichen spielten sich herzerregende Szenen ab, da auch Familienmitglieder mit 7 und 8 Kindern Opfer der Katastrophe wurden. Die Verunglückten kommen zum größten Teil aus Delsnik, Ködlich, Gehrsdorf, Oberlungwitz, Johndorf, Lugau, Pichtenstein, Reuwick und Glauchau. Die Verletzten haben meistens Brandwunden und Gasvergiftungen erlitten. Sie fanden teilweise Aufnahme in den Krankenhäusern der Umgebung. Die Vertreter der Bergwerksinspektionen Freiberg und Stollberg, sowie Vertreter des Ministeriums in Dresden begabten sich nachmittags an der Unglücksstelle. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt. Die Arbeit in den übrigen Schächten der Gewerkschaft ist wieder aufgenommen worden.

### Die geschlossene Front.

Zur gleichen Zeit, da der Verständigungsausschuß der Sozialisierungskommission des Reichswirtschaftsrats seine Verständigungsmöbde zu Ende geführt und einen Entwurf zustande gebracht hat, der nicht nur die Billigung der Kohlenmagnaten, sondern sogar die der christlichen Bergarbeiter gefunden hat, hat sich der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einstimmig entschlossen, den Kampf um die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues energisch aufzunehmen. Das Ziel, das sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Halle gestellt und zu dessen Erreichung sie einen entschlossenen Kampf geführt hat, ist erreicht: die geschlossene Front des Proletariats im Kampfe um die Sozialisierung hergestellt.

Die Sozialisierungskommission, die nach ihrem unruhmlichen Ende im Jahre 1919 auf Grund der Vereinbarungen mit den Gewerkschaften nach der Niederlage des Kapp-Putsch wieder einberufen worden war, hat bekanntlich im Sommer des vorigen Jahres zwei Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgearbeitet. Während die Rechtssozialisten sich anfangs um eine klare Stellungnahme zu den Entwürfen drückten — besaßen doch sogar zwei ihrer bei ihren Parteifreunden angesehenen Führer den traurigen Mut, ihre Unterschrift unter den Rathenauschen Vorschlag II zu setzen —, setzte sich die unabhängige Presse sofort hellig für den die Vollsozialisierung des Bergbaues fordernden Vorschlag Ledere-Hilferding ein und rief zum Kampfe um seine Durchführung auf. Auf dem Parteitag in Halle wurde dieser Kampf in den Mittelpunkt unserer Aktionen gestellt, die Sozialisierung der Kohle als das nächste Kampfziel des revolutionären Proletariats aufgestellt. In diesem Sinne wurde von unserer Reichstagsfraktion ein Initiativ-Antrag, der sich in den wichtigsten Punkten mit dem Vorschlage Ledereers deckt, eingebracht, um auch auf parlamentarischen Wege den Kampf einzuleiten.

Es war von vornherein klar, daß dieser Kampf, in dem wie die ganze Bourgeoisie geschlossen zum Gegner hatten, nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn die Arbeiterschaft ihn ebenso geschlossen und entschlossen aufnahm. Das wußten nicht nur wir, sondern auch die bürgerlichen Parteien und deshalb versuchten sie mit allen Mitteln, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Erleichtert wurden ihre Bemühungen durch das Verhalten der Kommunisten, die aus purem Konkurrenzneid und Demagogie einen kindischen, jeglichen Verständnisses für die historischen Bedingungen des proletarischen Kampfes baren Feldzug gegen die „Hilferding-Sozialisierung“ in Szene setzten. Das hysterische Getöse der Kommunisten konnte uns aber nicht bange machen; wenn auch sicherlich die Kampfesfront dadurch geschwächt wird, so ist doch anzunehmen, daß die Kommunisten, um sich nicht lächerlich und gänzlich unmöglich zu machen, im letzten, entscheidenden Augenblicke des Kampfes umschwenken und in die Kampfesfront des Proletariats eintreten werden.

Biel größer aber war die Gefahr, die von rechts drohte. Zwar hatten sich die Rechtssozialisten auf ihrem Parteitag in Kassel mit überwiegender Mehrheit auf den Boden des Vorschlages Ledere-Hilferding gestellt und ihre zwei Mitglieder in der Sozialisierungskommission desavouiert, aber ihre gewohnte schwächliche, feigbürgische und kompromißlerische Politik gab den bürgerlichen Parteien einen willkommenen Anlaß zu dem Versuch, den Sozialisierungswillen des Proletariats durch Kompromißverhandlungen zu verfallischen und abzustumpfen. Es wurde jene berüchtigte Verständigungskommission des Reichswirtschaftsrates eingesetzt, die selber auch die Gewerkschaften beschloß und wodurch sie den Anschein erweckten, als hielten sie eine Verständigung da für möglich, wo es sich um den Kampf zweier einander völlig entgegengesetzter Wirtschaftsprinzipien, des kapitalistischen und des sozialistischen, handelte.

Der jämmerliche Verlauf der Verständigungsverhandlungen gab unsrer Steptis sehr bald recht. Die Bourgeoisie war gar nicht geneigt, dem Sozialisierungsgedanken irgendwelche in die Wagtschale fallende Zugeständnisse zu machen, selbst der allzu bescheidene Vorschlag ihres Klassenossen Rathenau fand in ihren Augen keine Gnade und sie stellte sich hinter die Pläne ihres berufensten Vertreters, des Herrn der deutschen Schwerindustrie, Hugo Stinnes. Man weiß, worauf dessen Pläne hinausliefen: sie bedeuteten die schroffste Abgabe an die Sozialisierung. Auch der Vorschlag des Direktors Krämer, der die Grundlage der „Verständigungs“-verhandlungen in Eisen bildet, läuft auf eine Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft unter der Marke eines mittelalterlichen „Lebensprinzips“ hinaus.

Es hatte aber sein Gutes, daß die Bourgeoisie ihr wahres Gesicht enthüllte, denn dadurch wurden die Rechtssozialisten und die Gewerkschaften genötigt, offen Farbe zu bekennen und eine klare Stellung in der Sozialisierungsfrage einzunehmen, wollten sie nicht Gefahr laufen, mit den christlichen Gewerkschaften verwechselt und mit einem Imbusch auf die gleiche Stufe gestellt zu werden.